

Bericht an die Landeskonferenz der KPF Sachsen

Liebe Genossinnen u. Genossen,

bestimmt haben alle von uns im Oktober 2019 des 70. Jahrestag der DDR gedacht und sich dabei immer wieder unsere Verpflichtung zum aktiven Friedenskampf in Erinnerung gerufen.

„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“

Dieser Schwur von Buchenwald war doch das Fundament, auf dem die DDR ab 7. Oktober 1949 stand. Dieser Schwur wurde in der DDR gehalten und damit ist die DDR der einzige Staat in der langen deutschen Geschichte, der nie einen Krieg geführt hat. Das ist ein Grund sich entgegen allen Unrechts- und Rechtsverdrehern **auch in unserer Partei** mit großem Respekt an diesen Staat und auch an die Völker der Sowjetunion zu erinnern, die ihn unter großen Opfern möglich gemacht haben.

Ein Jahr Arbeit der KPF in der sächsischen LINKEN in wenigen Minuten zusammenfassend darzulegen macht eine Konzentration auf Schwerpunkte nötig.

1. Klar können wir auf Erfolge verweisen, zum Beispiel: Teilnahme an Konferenzen, Wortmeldungen der Partei in Sachsen und darüber hinaus. Buchlesungen, wie der „Der letzte Mann“, aktive Mitarbeit an Ifo-Ständen, Teilnahme an Wahlkämpfen im ländlichen Raum Stichwort „Tante Emma/Schwester Agnes“ und nicht zuletzt die monatlichen Mitgliederversammlungen, u.a. der Aktivgruppe Chemnitz. Oder, wie in jedem Jahr, die Organisation der Fahrt nach Berlin zur L/L Demo als eine Initiative unserer vielseitigen Traditionspflege. Unter den 42 Teilnehmern in diesem Jahr, waren 22 Mitglieder der KPF.

Natürlich gab es auch Erfolge, die schon überfällig waren.

Themen, die wir seit Jahren in den Mittelpunkt der Bemühungen zum Wohl unserer Partei in eigener Verantwortung und auch verlangend an die Führungsarbeit der Verantwortungsträger der Partei stellen, gewinnen, seit dem letzten Parteitag, an der ihr zustehenden Bedeutung. Uns muss völlig klar sein, ein Neuanfang und so ist die Vorgabe des letzten PT in Sachsen, zu verstehen, verlangt selbstkritische Prüfung der eigenen Arbeit und entsprechende Schlussfolgerungen. Eine Forderung, die alle Beteiligten betrifft.

Es muss der versprochene Neuanfang sein, was sich in den nächsten ereignisreichen Wochen und Monaten zeigen wird. Den beiden gewählten Vorsitzenden wünschen wir viel Erfolg. Unsere Unterstützung ergibt sich aus unserer Überzeugung.

Die Wahl des neuen Vorstands in Sachsen war ein Kompromiss. Die erstmalige Einbeziehung der Zusammenschlüsse machte die Situation deutlich, dieser Kompromiss war verantwortungsvoll und gleichzeitig ein Vertrauensvorschuss an zwei grundsätzliche taktische Ausrichtungen bei der Arbeit zur Verwirklichung der Aufgabenstellung des Programms.

Das geht nicht ohne Konflikte und wird nach unserer Auffassung nur über eine qualifiziertere **inhaltliche** Arbeit erfolgreich sein.

Eine oft gestellte Frage: Wem nützt diese oder jene Entscheidung, die in einzelnen Leitungsebenen getroffen wird?

Darauf immer eine klassenbewusste Antwort zu finden, ob als Klassen - oder Volkspartei zu entscheiden sei, ist vielfach nicht klar. Unser Standpunkt ist die Klassenpartei, Volksparteien b.z.w. welche, die es sein wollen, haben wir genug. Wir stehen für soziale Gerechtigkeit, für Frieden, gegen jegliche Formen von Faschismus und somit gegen Kapitalismus. Das ist nicht nur als Bekenntnis, sondern ein Arbeitsprogramm.

Ein Neuanfang ist eine Forderung, die alle Beteiligten berührt. Auch in unseren Reihen könnten sich viele, so sie wollten, in den nun vergleichsweise gemischten Chor unter einer Leitung wieder einbringen.

Die Worte Pluralismus und Toleranz könnten nun eine völlig neue Bedeutung erhalten.

Wichtig ist, dass es endlich in der sächsischen Partei eine **politische, klassenmäßige Bewertung** von Inhalten gemeinsamer Arbeit geben muss.

Jede Partei braucht einen klaren Wegweiser. Einen Wegweiser, der erkennbar sein muss.

Nach der Auffassung mancher unserer Genn. u. Gen. ist jetzt eine klare linke politische Grundorientierung zu den wichtigsten Fragen der Gegenwart, auf Bundesebene, dringend notwendig. Umso spannender ist die Vorbereitung und Durchführung der Strategiekonferenz.

Wir werden sie mit Aufmerksamkeit verfolgen, wohl wissend, dass Gesetzmäßigkeiten nicht einfach die nötige Strategie zeigen. Der Standpunkt der KPF zu Inhalten dieser Konferenz liegt vor und jeder von uns sollte ihn mit seiner Meinung unterstützen.

2. Unser Standpunkt war wie immer, auch im vergangenen Jahr, das die **Friedensfrage** den Mittelpunkt unserer Arbeit bestimmt.

Sie bleibt ein entscheidender Schwerpunkt, der, mit einem eigenen Platz, in allen Verpflichtungen unserer Partei zu erhalten oder durchzusetzen ist. Diese Forderung bleibt, auch angesichts der planvollen und gefährlichen Eierei einiger Funktionäre mit Blick auf eine Annäherung an GRÜNE und SPD.

Der Koalitionsvertrag in Thüringen spricht Bände.

Ein Rückblick: Im Bericht vom April 2015 hatten wir folgendes formuliert.

Auf die Frage: „Warum man in der Öffentlichkeit so wenig unseren Standpunkt zur Friedensfrage spürt?“

Diese Frage stellte Erna an R.G. (Genesungswünsche). Die Antwort war:

„Was heißt mehr in der Friedensfrage tun, jeder weiß doch, dass wir für den Frieden sind!“
Ende des Zitats.

Wir sind froh, dass dieser Standpunkt, den damals R.G. vertrat, in den letzten beiden Parteitag in der sächsischen LINKEN, nun schriftlich, entsprechend seiner Bedeutung verändert wurde.

Dieser Erfolg, auch für uns, ist der Beharrlichkeit von Thimo und anderen Vertretern der Zusammenschlüsse zu verdanken, die damit

für eine feste Verankerung der Friedensfrage in der sächsischen LINKEN gesorgt haben.

Mit Mehrheit hat der Parteitag dieser Frage einen eigenen Platz im Leitantrag für die LINKE in Sachsen gegeben. Damit wurde dem auslegbaren „Bisschen Frieden“ der Vergangenheit, etwa so, wie es die Nicole aus dem Jahr 1982 auf Platte immer noch besingt, „eine klassenmäßige Auffassung als Leitgedanke der LINKEN Sachsen für jegliches Tun entgegengesetzt“. R.G., im ND vom 23.12.19.

Seine Antwort auf die Frage: „Was vermissen Sie im Kenia-Koalitionsvertrag von CDU, SPD und GRÜNEN?“ Die Antwort lautete u.a.: „Im Vertrag Kommt das Wort **Armut** nicht vor, ebenso wie **Frieden. Ich hätte mir klarere Aussagen gewünscht**“. **Wir auch! Danke, Rico.** Die gegenwärtige Entwicklung überschlägt sich und die Situation vor allen im Nahen Osten zeigt, wie anfällig der Frieden und wie offen sich das Grauen vor unseren Augen entwickelt. Bei der Betrachtung der Situation in der Welt muss man aus unserer Sicht, ob man will oder nicht, doch feststellen, es gibt nur eine Grundfrage, die in der Gegenwart überall in den Mittelpunkt rückt.

„Deutschland wird mehr in Sicherheit investieren müssen“, sagt Siegmund Gabriel in einem Gastbeitrag für den TAGESSPIEGEL und weiter „sie liegt in unserem Interesse.“ Dazu gehört auch der Umgang mit dem **militärischen Instrument**“.

Man beachte den Erfinderreichtum in der Aussage „Militärisches Instrument.“ Ja der Herr Gabriel

gereicht der SPD zu allen Ehren. Aber nicht desto Trotz, auch die SPD und alle anderen müssen sich früher oder später der brennenden Grundfrage der Gegenwart stellen.

Nämlich:

-Gemeinsame Sicherheit oder Gemeinsamer Tod- Die klassenmäßige Stellung dieser Formulierung ist eindeutig. Gemeinsam bedeutet gleiche Augenhöhe beim Abwägen der Bedürfnisse zwischen allen unterschiedlichen Auffassungen und Überzeugungen, wie ebenso eindeutig ist, dass es zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Krupp und Krause, weder national noch international je eine Augenhöhe geben wird.

Gabriels **militärisches Instrument** gehört nicht dazu!

Erinnerung: das Ergebnis hieß in der Vergangenheit schon mal Friedliche Koexistenz. Solche und ähnliche Gedanken stärker in den Blickpunkt unserer so und so Strategen zu rücken, ist unsere Aufgabe.

3. Entwicklung der gemeinsamen Arbeit mit den Zusammenschlüssen.

Das erste Mal seit Bestehen der Zusammenschlüsse in der sächsischen LINKEN, ist es bei der Auswertung der Wahlergebnisse zu einer gemeinsamen Arbeit gekommen. Bei aller auch vorhandener Kritik auch untereinander zu diesem und jenem, bleibt das Ergebnis. Der Landesvorstand hat Festlegungen zu Inhalten getroffen, zu denen in den vergangenen Jahren allgemein und unverbindlich schwadroniert wurde.

Dazu gehört die gewünschte verantwortliche Zusammenarbeit mit den Zusammenschlüssen in der Partei. Die vor allen Dingen der Partei selber zur Entwicklung und Stärkung dienen soll.

Es sind wohl acht beratende Gruppen zu schaffen, die auch eine Mitarbeit der Zusammenschlüsse gewährleisten soll. Termine und Verantwortung sind festgelegt.

Unsere wichtigste Aufgabe zur Mitarbeit ergibt sich aus der Notwendigkeit einer politischen Bildung in der Struktur unserer Partei.

Politische Bildung

Unser Bezugspunkt sind die Bildungsziele der Bundespartei, die ausgehend vom Programm der Partei verbindlich sind. Beschlüsse gab es dazu in Sachsen schon jede Menge. Als Mitglieder und Sympathisanten der LINKEN zeigt sich uns doch eine unüberschaubare Fülle an Ansichten und Fehlorientierungen, die in den

Zusammenkünften sichtbar werden und die Verantwortlichen sind oft überfordert.

Uns wird immer wieder begründet, dass es durch das kommunalpolitische Forum, die Rosa Luxemburg Stiftung und weitere zentrale Möglichkeiten der politischen Bildung genüge getan ist. Unsere Bemühungen zur Entwicklung der politischen Bildung in der Struktur liefen immer bis an eine überschaubare Schranke.

Das war die Auffassung der dafür Verantwortlichen in der LINKEN und die zog und zieht sich durch alle Leitungsebenen.

Es wurden die vielen Veranstaltungen und Vorträge und so weiter genannt und sich aus Landesvorstandskreisen auch darüber hinaus noch beschwert, dass die Beteiligung unzureichend ist.

Negieren von Fakten und Vorschlägen gehören zu den kleinen schleichenden Totengräbern auch großer Ideen.

Viele unserer Genn. u. Gen. hat diese oft vorhandene Tendenz mutlos gemacht. Wir sollten mit unserem historisch begründeten Optimismus solchen Pessimismus weiter freundlich den Kampf ansagen.

Die Tatsache, dass die politisch notwendige Debatte in den Ortsgruppen an Niveau und Bedeutung verliert, wurde einfach ignoriert. Aber gerade dort werden mit Rede und Gegenrede Überzeugung untersetzt und gefestigt.

Auch andere Kriterien einer Entwicklung von Gemeinsamkeit, die Arbeit erfolgreich machen kann, werden unterschätzt.

Zusammenhalt, gemeinsame Erlebnisse, Anerkennung von Meinungen und Kritiken, beflügelndes Lob fehlen mehr und mehr in einem Teil der noch bestehenden Ortsgruppen. Die Teilnahme an traditionellen Zusammenkünften (Mitgliederversammlungen) geht zurück und die Zusammenkünfte werden seltener, der Inhalt verliert an Bedeutung.

Sicher, nun kann man das zur Kenntnis nehmen und alles auf nicht beeinflussbare Entwicklung schieben.

Nach Auswegen suchen wäre eine weitere Option. Zurzeit ist mehr von Konzentration und Zusammenlegung die Rede.

Konzentration in dieser Form hat Nebenwirkung. Von organisierter Traditionspflege wird ebenfalls selten gesprochen.

Bei genauer Betrachtung ist doch gerade politische Orientierung in der Gesellschaft, durch unsere Partei, von entscheidender Bedeutung. Daraus leiten sich Handlungsweisen im täglichen Leben und Stellungnahmen als Multiplikatoren linker Parteipolitik ab.

Genossen stellen immer wieder fest, wir sind als Einzelne, wie auch im kleinem Ortsverband aufgrund vielfach unzugänglicher objektiver Informationen sowie Halbwahrheiten, Lügen, Verkürzungen, Weglassen von Fakten in den öffentlichen Medien, objektiv nicht in der Lage ein klares, verständliches Bild zu zeichnen.

Natürlich sind Strukturfragen aus objektiven Gründen nötig. Jedoch der Standpunkt in unseren Reihen sieht die inhaltliche Begründung an erster Stelle.

Wenn es vorkommt, das ganze Gebiete ohne gewählte Leitung bleiben, dann ist es auch unsere Aufgabe, nach Möglichkeiten zu suchen, um wirksamer zu werden.

Bei der Behandlung dieser Feststellung kommen wir immer wieder auf die politische Bildung in der Struktur unserer Partei zurück.

Zu diesem Zweck wurde von uns und Sympathisanten das www.linksufer.de ins Leben gerufen. Unsere Aufgabe ist politische Bildung zum klassenmäßigen Herangehen an die Probleme der Gesellschaft, gleichzeitig Realität zu vermitteln. Vor allem, welche Voraussetzung wir schaffen müssen, um zu einer anderen Gesellschaft zu kommen. Der Weg über Reformen gehört nicht dazu. Als starke Opposition die Regierung zu treiben, Forderungen der Arbeiter, mit den Arbeitern im Rücken, zu stellen, ja. Diesen Weg fordern wir wieder.

Er ist verloren gegangen vor lauter Reformen.

Alles bleibt aber Illusion, wenn der Weg der politischen Nichtbildung wie nahezu seit 30 Jahren weiter begangen wird. Die fehlende Orientierung der Parteibasis und damit in der Bevölkerung **ist** an den Wahlergebnissen abzulesen. Jetzt fallen auch noch die kleineren Zeitungen der Partei wegen Wählermangel aus.

Uns werden die „Reformer“ aber nicht los.

Die Anzahl der Zugriffe auf das vor Jahren geschaffene www.linksufer.de betrug im Jahr 2019 ca. 62.400, die Anzahl der unterschiedlichen Besucher ca. 6.600; besuchte Seiten 21360.

Unsere unregelmäßigen politischen Newsletter erreichen mehr als 20.000 User.

Diese Initiative wird weiter erfolgreich sein. Entwickelt werden muss die Werbung für die Mitteilungen der KPF. Ziel ist die Erhöhung der Leserzahlen und damit u.a. die Zahl der Mitglieder. Das alles wird von den Genn. /Gen. der Chemnitzer KPF finanziert.

Nicht zur Selbstbeschäftigung, sondern mit dem Hintergedanken, der LINKEN in Chemnitz und darüber hinaus bei der Weiterentwicklung der politischen Bildung zu helfen.

Diese Möglichkeiten, z.B. für einen großen Stadtverband wie Chemnitz, wurden einfach ignoriert oder durch Bildungslücken der Verantwortlichen für nicht notwendig erachtet.

Wir sind immer noch optimistisch. Die Vorschläge zur Entwicklung der politischen Bildung kurz

zusammengefasst. So ungefähr stellen wir uns das vor.

1. Die zwar immer kleiner werdende Struktur vom Landesvorstand bis zur Ortsgruppe bzw. zu den Zusammenschlüssen **ist noch gegeben. Regelmäßige** Einschätzung der Stimmung derjenigen, für die wir in der Partei da sind, eigentlich eine Selbstverständlichkeit aller Leitungsebenen, das ist eine **Voraussetzung**. Ein kurzes Beispiel, die Ausländerproblematik: Während die LINKE sich seit Jahren mit der Auseinandersetzung in den eigenen Reihen beschäftigt, erkennt die AfD den bestehenden Widerspruch in der Gesellschaft und bindet ihn in ihre Taktik ein.

Während die AfD die Mehrheitsmeinung erkennt, wird in der LINKEN diskutiert und sich gegenseitig für unfähig erklärt.

Da alles nicht eindeutig und einheitlich und mehrheitlich geklärt werden kann, wird Wichtiges im Kampf der Ideologien, nämlich **Zeit**, vergeudet: "Wo liegen die Ursachen?"

Genn. und Gen. haben natürlich Fragen, und die führen nicht immer zu einer schlüssigen Antwort.

Behauptung: Eine einheitliche Meinung wäre unter wirklich demokratischem Miteinander zu finden gewesen und hätten schon vor Jahren zur Klärung geführt.

Die Ausländerproblematik hätte dann im vergangenen Jahr auf keinen Fall einen Anteil am Wählerverlust gehabt.

Die klare klassenbewusste Führung fehlte.

Von uns seit Jahren gemachte Vorschläge sind weiter:

2. Regelmäßige Einschätzung der Meinungen der Wählerinnen, Mitglieder und Nahestehender (eigentlich eine Selbstverständlichkeit aller Leitungsebenen, wenn man weiß, für wen man da ist) ist eine **Voraussetzung**. Das Ergebnis dieser Einschätzung bildet die Grundlage zur Bestimmung der Schwerpunkte inhaltlicher Arbeit aller Leitungsebenen der Linken in Sachsen. Ergebnis liegt dann als Protokoll vor.

3. Dieses Protokoll ist die Grundlage zur Bestimmung der Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit aller Leitungsebenen der Linken in Sachsen.

4. Eine zu bildende Arbeitsgruppe formuliert eine kurze Argumentationshilfe (1mal A4) (Verantwortlich 5 Personen/2m.2w./1ohne Geschlechterbindung-ehrenamtlich und Protokollant/in - hauptamtlich)

Befähigung vorausgesetzt und durch Landesvorstand bestätigt.

5. Arbeitsberatung mit Ergebnis 3mal im Jahr (Jan./Mai/Sept.)

Sonderberatungen auf Beschluss des LV sind immer möglich.

Aus den Informationen des LV ergibt sich die Verantwortung eines Gen. zur Umsetzung des Parteitagsbeschlusses zur politischen Bildung. Termin im Monat Januar 2020. Einige Zusammenschlüsse stehen dazu bereit.

Wir werden sehen was da kommt.

Liebe Genn. u. Gen.,

mit der LINKEN als politischer Faktor, als Kraft des Widerstandes und der Veränderung ist weiterhin zu rechnen, auch in unserem Sachsen. Es gilt, wieder in die Offensive zu kommen.

Beharrlich und trotz alledem, unverdrossen gesellschaftliche Alternativen jenseits des kapitalistischen menschenfeindlichen Systems zu erkämpfen.

Denn die Entscheidung **Kapitalismus oder Barbarei? Von R.L.** in düsteren Zeiten gestellt, steht weiterhin auf der Tagesordnung mit viel größerer Dringlichkeit denn je.

2020 bleibt die Devise:

„Frieden-kein Faschismus-Soziale Gerechtigkeit. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“ wie auch im www.linkesufer.de festgeschrieben.